



Uhlhornsweg 49-55
26111 Oldenburg

T 0441/798-2910
E-Mail hib@uni-oldenburg.de
www.uni-oldenburg.de/hib

Solidaritätserklärung

Solidaritätserklärung für eine soziale, vielfältige, attraktive und transparente europäische Hochschullandschaft.

HIB, DGB-Jugend, IG-Metall, Ver.di-Jugend, Die Falken und der Stadtjugendring Oldenburg **geben bezüglich des Bildungsstreiks / der Unibesetzung folgende Pressemitteilung bekannt:**

Wir solidarisieren uns mit der Studierendenschaft der Carl von Ossietzky, die seit 19.11.2009 das Hörsaalzentrum der Carl von Ossietzky Universität blockieren. Die Studierenden wehren sich mit dieser Aktion gegen eine negative und mangelhafte Entwicklung in der Bildungspolitik. Sie problematisieren durch ihre Aktion nicht nur die unmöglichen (ungerechten, unsozialen, defizitären etc.) Studienbedingungen, sondern wehren sich insbesondere gegen eine willkürliche Handhabung des Bologna-Prozesses von 1999 bis heute. Die InitiatorenInnen dieser Solidaritätserklärung unterstützten die Aktionen der Studierenden, Schüler_innen und Azubildenden von Anfang an.

Die Studierenden bemängeln zu Recht die Bildungspolitik der Landesregierung(en), denn diese machen durch eine falsche Umsetzung des Bologna-Prozesses deutlich, dass ihre Bildungspolitik quantitative statt qualitative Bildungsziele verfolgt. Die personelle und materielle Ausstattung der Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen bleibt trotz der hohen Belastung aller Akteure unzureichend und ein Verbesserungsplan oder -wille ist nicht in Sicht.

Die Schülerschaft und Studierendenschaft sollen massenhaft in die Hochschulen und Wirtschaft entlassen werden. Die InitiatorenInnen dieser Pressemitteilung vertreten die Position, dass durch die Beschleunigung der (Hoch)Schul-Ausbildung durch das Turbo-Abi, die Bachelor- und Masterstudiengänge in der jetzigen Form und die zunehmenden zweijährigen Ausbildungsberufe, auf Kosten der allgemeinen Steuerzahler eher ein Kreis aus finanzstarken Familien zu einer Hochschulelite herausgebildet wird. Dadurch wird einer bereiten Masse der Zugang zu einer höheren (Hoch)Schulbildung verwehrt.

Hier werden grundlegende Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft mit Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit weiter zu Grabe getragen. Die erweiterte Beschleunigung des Schulpensums, in Verbindung mit Nachhilfe, zusätzlichen außerschulischen Unterrichtsstunden, Studiengebühren und weiteren Bildungskosten können sich SchülerInnen und Studierende aus finanzschwachen Familien unabhängig der Herkunft nicht leisten. Damit wird auch das Anstreben „Lebenslanges-Lernen“ erschwert.

Ferner tragen das Turbo-Abi und die falsche Umsetzung des Bologna-Prozesses dazu bei, an dem Ast der ehrenamtlichen Verbandsarbeit, des (ausser)schulischen - (ausser)universitären und gesellschaftlichen Engagements zu sägen. Die Schülerschaft und Studierenden haben bereits jetzt wenig Zeit für einen Blick über den Tellerrand des eigene Pensum hinaus. Bereits 2005 hat der Landesjugendring Niedersachsen die Landesregierungen vor den negativen Auswirkungen

des Bachelorsystems und vor der Einführung von Studiengebühren auf das ehrenamtliche Engagement gewarnt. Viele Studierende schränken ihr ehrenamtliches Engagement ein oder geben dieses ganz auf. Die Landesregierungen hindern sich mit dieser unpraktischen Umsetzung des Bologna-Prozesses selbst daran, die förderlichen Rahmenbedingungen für ein ehrenamtliches Engagement junger Menschen zu schaffen.

Das Turbo-Abi und die falsche Umsetzung des Bologna-Prozesses revidieren zudem alle Versuche der Schulen und Universitäten zwischen Theorie und Praxis geeignete Verknüpfungen herzustellen. Die Schulen und Universitäten verkommen immer mehr zu Orten, wo das Wissen unter einer hohen Belastung angeeignet wird. Dabei braucht die Wissensaneignung einen angemessenen zeitlichen Rahmen, indem sie sich entfalten kann. Der Prozess der Wissensaneignung braucht neben günstigen personellen und materiellen Ressourcen auch Diskussion, Austausch und Ruhe.

Die InitiatorInnen fordern daher die Landesregierung(en), Landesschulbehörde(n) und Hochschulrektoren auf, die förderlichen Rahmenbedingungen für ein ehrenamtliches Engagement junger Menschen zu schaffen. Ein neuer Prozess der deutschen (Hoch)Schulreform muss initiiert werden, die die Qualität von Studienangeboten verbessert, mehr Raum für persönliche Entwicklung lässt und sich an die Bedürfnisse der SchülerInnen und Studierenden anpasst. Es muss auch möglich sein den Umstand zu überwinden, dass sich eine kurze oder lange Verweildauer an den Universitäten negativ auf die Berufsperspektive auswirkt.

Weiterhin fordern wir, dass das gesellschaftliche Engagement der Schülerschaft und Studierenden im Lehrplan integriert werden muss und dieses von den Schulen bzw. Hochschulen als Kompetenzaneignung anerkannt wird.

Die dramatischen Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung sind nicht als Reaktion auf alternativlose Gegebenheiten in den Bildungsstrukturen entstanden oder resultieren aus einem Sachzwang, sondern sind politisch initiiert und können auch durch eine politische Willensbildung korrigiert werden. Der Bologna-Prozess ist ein freiwilliger Prozess, dessen Rahmenbedingungen durch die beteiligten Staaten und die eingebunden Organisationen verändert werden können.

Grundrecht auf Bildung und Ausbildung sowie die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit stehen für die InitiatorInnen im Mittelpunkt und sind von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Wie machen uns stark für eine Gesellschaft, die Teilhabe ermöglicht und echte Chancen für die Zukunft der jungen Generation bietet. Hierzu bedarf es ausreichender finanzieller Ausstattung aller Mitglieder unserer Gesellschaft und des uneingeschränkten und kostenfreien Zugangs zu Bildung auf allen Ebenen. Für die InitiatorInnen der Solidaritätserklärung ist Bildung keine Ware, sondern Menschenrecht. Bildung dient nicht nur dazu, für die Wirtschaft verwertbare Kompetenzen zu erlangen.

Die Initiatoren



Stadtjugendring
Oldenburg e. V.
www.sjr-ol.de